

Kolumbien: Mikro-Kriege und Friedensinseln

GERHARD DREKONJA-KORNAT

Im Klassiker »Hundert Jahre Einsamkeit« lässt Gabriel Garcia Marquez den letzten Buendia, der die Familiengeschichte als Todeslegende entziffert, begreifen, dass aus Mangel an Solidarität (»solidaridad«) nur Einsamkeit (»soledad«) bleibt: demnach würde es keine zweite Chance auf dieser Erde geben! Gilt dieses grausame Urteil heute für ganz Kolumbien?

Zuerst sei die Frage erlaubt: Was geht in Kolumbien eigentlich vor? Gemessen an afrikanischer Bürgerkriegs-Anarchie herrscht hier auf den ersten Blick weitgehend Normalität. In den Städten pulsiert der Alltag wie anderswo auf der Welt auch. Doch in den TV-Nachrichten um 21:00 Uhr dominieren täglich die Berichte über Kämpfe und Scharmützel im ganzen Land, über Gewaltakte, Morde, Entführungen, Sprengungen, Attentate – bis 20 Minuten später mit den Sportnachrichten scheinbar fröhliche Normalität wiederkehrt.

Am südöstlichen Stadtrand von Bogotá geht die Kontrolle von der Armee auf die Guerilla über: in der Vorstadt Nazareth, 3000 Meter hoch gelegen, kalt und nebelverhangen, wo Bogotá in die Sumapaz-Zone übergeht, können Angehörige von Entführungssopfern, wie allgemein bekannt, die Höhe des Lösegelds aushandeln.

Von Überlandreisen im Bus ist dringend abzuraten, denn die »pesca milagrosa«, der wunderbare Fischfang (wie Kolumbianer die Entführungspraxis diverser Guerillas, Paramilitärs oder auch nur gemeiner Banditen galgenhumorig nennen), wirft an improvisierten Straßensperren täglich die Netze aus. Die großen Städte sind zum Gefängnis geworden, dem man nur noch im Flugzeug entkommen kann. Arauca, die tropische Erdölregion im Osten, wird als Schlachtfeld umgepflügt. In der wichtigen Provinz Antioquia findet die »Schlacht um Medellín« statt, als militärische Auseinandersetzung um die Slums und Vorstädte dieser führenden Industriestadt, wo »urbane Milizen« entweder der Guerilla oder den Paramilitärs zuarbeiten. Bis vor kurzem erlitten im Schnitt täglich elf Kolumbianer das Entführungsschicksal und wanderten in eine Art Kriegsgefangenschaft im eigenen Land, als Bauern auf dem Schachbrett

eines zukünftigen Gefangenen austausches, bei dem es um Personen (Zivilisten gegen Guerilleros) oder Geld – oder beides – geht. (Letztthin griffen die neuen Sicherheitsmaßnahmen, und die Zahl der Entführungen schrumpfte deutlich.)

Was Kolumbien verheert, ist nicht etwa ein konventioneller Krieg oder ein interner Konflikt mit eindeutigen Fronten, sondern ein System von »micro-guerras«, das auf vielen Flammen köchelt. Rafael Pardo, Kolumbiens erster ziviler Verteidigungsminister (1991–94), nennt dies einen »Zwei-Fronten-Krieg« (Regierung vs. Guerilla/Drogen).¹ Seine Definition greift zu kurz. Denn es handelt sich eben nicht um einen klassischen Bürgerkrieg (als Konflikt zwischen zwei oder mehreren Segmenten einer Bevölkerung), sondern um eine allgemeine, diffuse Gewaltausübung, die vor allem die Zivilbevölkerung trifft. In den Städten drängen sich an die drei Millionen Flüchtlinge aus dem ländlichen Raum, die den grausamen Kämpfen entrinnen wollen; zumindest eine Million Bürger haben in den letzten drei Jahren das Weite gesucht, nach Miami oder an andere Orte, je nachdem, welches Visum sich ergattern ließ.²

Warum gerade Kolumbien, dieses riesige und wunderschöne Land, reich an Bodenschätzen und fruchtbarem Ackerland, Lieferant von hervorragendem Kaffee, industriell auf der Höhe der Zeit, heute Energie-Exporteur, reich an Kohle, Erdgas und Erdöl, dessen Rendite die 43 Millionen Einwohner bequem ernähren könnte?

Die Geschichte der Gewalt

Regiert wurde Kolumbien 150 Jahre lang von einer eleganten und selbstbewussten Aristokratie, der man eine evolutionäre Modernisierung des Landes zutrauen wollte. Tatsächlich erlebte das Land produktive und dynamische Zwischenphasen:³ so zum Beispiel die »revolución en marcha« (1934–1938) des liberalen Reformpräsidenten Alfonso Lopez Pumarejo oder die 1960er Jahre, als schüchtern eine Agrarreform eingeleitet wurde und die »relative Autonomie des Staates« soziale Gleichheit zumindest andeutungsweise möglich zu machen schien. Auch gab es für Kolum-

1. Rafael Pardo, »Colombia's Two-Front-War«, in: *Foreign Affairs*, July/August 2000, S. 64–73.

2. Vgl. Alfredo Molano, *Desterrados: Crónicas del desarraigo*, Bogotá 2001.

3. Vgl. José Antonio Ocampo (Hrsg.), *Historia Económica de Colombia*, Bogotá 1987.

bien, im Unterschied zu anderen südamerikanischen Ländern, in den 1980ern kein Schuldenproblem, keine »verlorene Dekade«.

Allerdings, ein Krebsübel kolumbianischer Politik wucherte die ganze Zeit über: Kolumbiens Aristokratie teilt sich in zwei Parteilager, Liberale und Konservative. Deren permanenter Wettbewerb um die Kontrolle des Staatsapparates trieb das Land immer wieder in Bürgerkriege, in denen ihre Anhänger einander zerfleischten, gegängelt von einer kruden Klientelpraxis.⁴ Besonders katastrophal fiel der »Tausend-Tage-Krieg« der Jahre 1899 bis 1902 aus, als die Liberalen gegen den konservativen Zentralismus aufbegehren: Von der damals vier Millionen Köpfe zählenden Einwohnerschaft Kolumbiens kamen mehrere Zehntausend um. Noch schlimmer wütete die »violencia« während der 1950er Jahre, die fast zweihunderttausend Kolumbianer das Leben gekostet hat. Immerhin zeigte die aristokratische Elite damals genug Vernunft, um 1958, nach dem Zwischenspiel einer kurzen Militärregierung, die erfolgreich schlichtete, einen großkoalitionären »Frente Nacional« zu bilden. Diesem liberal-konservativen Machtkartell gelang es tatsächlich, die »violencia« auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Auf diese Weise kam es in den Dekaden danach zu einer beeindruckenden Industriemodernisierung, die Kolumbien zu den erfolgreichen Gesellschaften Südamerikas aufrücken ließ. Jedoch blockte das Machtmonopol der liberal-konservativen Großkoalition politische Alternativen immer wieder ab, sei es mittels Ausgrenzung, Mord oder Wahlfälschung (letztere besonders krass 1970, als die Bewegung des Exdiktators Rojas Pinilla um den Urnensieg betrogen wurde, woraufhin frustrierte Anhänger die nationalkatholische M-19-Guerilla aufbauten).

Trotzdem ließ sich in der Dekade der 1980er, nach Auslaufen des großkoalitionären Frente Nacional, politisch Manches bewegen. Friedensverhandlungen und Amnestieangebote holten zum Beispiel die M-19-Guerilla und andere kleinere Partisanengruppen in die Legalität der politischen Landschaft herein. 1991, als Kolumbiens neue Verfassung, die nicht nur von Parteipolitikern, sondern auch von zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft einschließlich der Indianer, erarbeitet worden war, im großen Konsens ausreifte, setzte das Land zu einem Qualitätssprung an. Guerilla-Gewalt und »violencia« schienen damals auszutrocknen.⁵

4. Alvaro Tirado Mejia (Hrsg.), *Nueva Historia de Colombia*, Bogotá 1989ff.

5. Michael Stührenberg, »Guerilla in Kolumbien – das letzte Gefecht«, in: *GEO*, Januar 1993, S. 82–102.

Dass allerdings Funktionäre der Unión Patriótica – eine politische Sammelbewegung von kommunistischen Ex-Guerilleros – damals systematisch von Todesschwadronen liquidiert wurden, fast 3.000 an der Zahl, leitete einen neuen »violencia«-Zyklus ein. Und heute, 13 Jahre später, kontrollieren verschiedene Guerilla-Bewegungen weite Teile des Hinterlandes und versuchen die Städte einzukreisen.

Drogenkriege und -geschäfte

Was ist schiefgelaufen? Kolumbien hatte das Pech, während der letzten zwanzig Jahre überdeutlich in das strategische Visier der Vereinigten Staaten zu rücken. Denn in der Tat, Kolumbiens »Colonos« (Siedlungsbauern in peripheren Regionen) sowie Kolumbiens Händler und Unternehmer begannen angesichts der nie versiegenden Nachfrage in den Industriegesellschaften das zu tun, wozu Entwicklungsexperten immer geraten hatten: Anbauen oder vertreiben, was am Markt die besten Gewinne abwirft, nämlich Marihuana, Coca-Blätter, Coca-Paste, letzthin auch Mohn und Mohn-Produkte. Aus der Perspektive der Vereinigten Staaten stieg somit nach Bolivien und Peru auch Kolumbien zu den Bösewicht-Staaten auf, in denen der »Krieg gegen die Droge« unerbittlich zu führen ist. Aus dem illegalen Drogengeschäft resultierten enorme Mengen an Schwarzgeld, welches Schritt für Schritt die kolumbianische

Die Guerilla konnte sich als Schutz der Coca- und Mohnbauern aufspielen, gemeinsam gegen den »Imperialismus« antreten und sich als politische Alternative gerieren.

Gesellschaft korrumpierte: die klassischen Unternehmerfamilien, die Finanzinstitutionen und die Politik. Kolumbiens Elite, deren traditionelle Parteienbasis inzwischen zerbröckelte, streifte während der letzten drei Präsidentschaften viele ihrer Tugenden ab, handelte verantwortungslos und erlag selber der Korruption. Kolumbiens Unternehmerschaft versumpfte zum Teil im illegalen Drogenhandel, der auch die Banken penetrierte.

Dies wiederum bewirkte eine harsche Reaktion der Vereinigten Staaten, die den »Krieg gegen die Droge« exemplarisch an Kolumbien vorzuziehen wollten. Nach dem Scheitern diverser Amnestie- und Frie-

densverhandlungen eskalierte in den 1990ern die Auseinandersetzung. Totgesagte Guerillagruppen rekrutierten neue Mitglieder und wuchsen zu beachtlicher militärischer Stärke an. Insbesondere die Bauernpartisanen der Jahrzehnte alten FARC («Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia»), die in der »violencia« der 1950er wurzeln, sowie der ideologisch modernere ELN («Ejército de Liberación Nacional») profilierten sich erneut. Die USA warfen bald Droge und Guerilla in einen Topf und machten als neuen Feind die »Narco-Guerilla« aus. Ab 1999 begannen sie im Rahmen des 1,2 Milliarden Dollar schweren »Plan Colombia«⁶ mit Aufrüstungen für Kolumbiens Armee und lieferten vor allem viel Gerät. Flugzeuge, eskortiert von bewaffneten Helikoptern, besprühen heute weite Flächen des Landes mit Entlaubungsmitteln (vor allem Glyphosate, geliefert von US-Konzernen), die angeblich nur Mohn-Felder oder Coca-Stauden versengen, aber ansonsten harmlos sein sollen.⁷

Kolumbiens ländliche Bevölkerung weiß es leidvollerweise anders. So konnte die Guerilla sich als Schutz der Coca- und Mohnbauern aufspielen, gemeinsam gegen den »Imperialismus« antreten und sich als politische Alternative gerieren. Daraus erwuchs im Laufe der Neunziger ein dynamischer Wirtschaftszweig, denn die Guerilla erhob – und erhebt – von den Bauern und Händlern Steuern, erpresste im ganzen Land Schutzgelder, diversifizierte zu anderen Formen der Parallelwirtschaft und endete schließlich systematisch beim lukrativen Entführungsgeschäft. Jährlich werden auf diese Weise von Guerilla-Gruppen Hunderte von Millionen Dollar umgesetzt. Nazih Richani, dem wir die präziseste Studie über Kolumbiens »Kriegsökonomie« (er nennt sie ein »war-system«) verdanken, hat die jährliche Rente aus den Jahren 1998/99 der beiden großen Guerilla-Gruppen FARC und ELN folgendermaßen kalkuliert (in Millionen Dollar):⁸

-
6. Diese Gelder durften ursprünglich nur für Drogenbekämpfung verwendet werden, seit Mitte 2002 dienen sie auch der Gegen-Guerilla.
 7. »The chemicals used in the coca spraying, in the manner in which they are applied, do not pose unreasonable risks or adverse effects to humans or the environment.« State Department Report on the Areal Spray Program, Washington D.C., September 2002, S. 3.
 8. Nazih Richani, *Systems of Violence. The Political Economy of War and Peace in Colombia*, Albany: State University of New York, 2002, S. 64.

Tabelle 1:
Jährliche Rente der Guerilla (in Millionen US-Dollar)

	<i>FARC</i>	<i>ELN</i>
Steuer auf Drogenhandel	180	30
Entführungen, Erpressungen, Viehraub	198	40
Umleiten von Regierungsinvestitionen	40	60
Banküberfälle, Schutzgelder	30	20
Summe	448	150

Politische Inhalte blieben dabei auf der Strecke. Mit einem »Che« Guevara, immer noch Ikone der klassischen lateinamerikanischen Guerilla, haben diese Akteure heute nichts mehr gemein. Vielmehr handeln ihre Comandantes als zumeist ideologiefreie »Warlords«. Als Verteidiger des Establishments fungieren die Paramilitärs (Autodefensas Unidas de Colombia – AUC), deren Mitglieder von der konventionellen Armee kaum unterscheidbar sind. Neben den eigentlichen Scharmützeln gegen die Guerilla gehen sie besonders brutal gegen angebliche Sympathisanten der »Subversion« vor und ermorden bevorzugt Menschenrechtler, Universitätsprofessoren, Pfarrer oder Intellektuelle. Kleine Bauern werden von ihren Parzellen vertrieben, damit diese billig von der neuen »Narco-Bourgeoisie« aufgekauft werden können.

Kolumbiens früherer Staatchef Andrés Pastrana (1998–2002) versuchte eine hochriskante Friedensstrategie, indem er den FARC-Guerilleros des alternden Bauernführers Manuel Marulanda (vulgo »TiroFijo« – sicherer Schuss: er kommandiert diese Einheit seit 1964!) einen 41000 Quadratkilometer weiten Autonomieraum einräumte, in dem die FARC Hoheitsrechte ausübte – keineswegs zur Freude der dort lebenden Streubevölkerung. Denn ihre Söhne wurden (zuerst ab zwölf, dann, nach vehementen Protesten der in dieser Frage sehr engagierten EU-Botschafter, ab fünfzehn Jahren) als Rekruten eingezogen, Steuern wurden erhoben, revolutionäres Recht wurde gesprochen etc. Die FARC gewann damit internationale Anerkennung, entsandte »Botschafter« nach Mexiko und Europa, stockte ihr Vermögen auf und machte den Staat zum Gespött.⁹

9. Siehe die informative Reportage von Michael Stührenberg, »Im Freistaat von FARCLANDIA«, in: *GEO*, Juni 2000, S. 21–50.

Frieden kam keiner zustande. Am 20. Februar 2002 musste das surreale Experiment nach dreijähriger Dauer vom kolumbianischen Staatschef abgebrochen werden.

Uribes neue harte Hand

Inzwischen hatte sich in New York der Terroranschlag auf das World Trade Center ereignet. Die USA, tief traumatisiert, riefen einen neuen Feldzug aus, diesmal gegen den »internationalen Terrorismus«. Obschon Lateinamerika im allgemeinen und Kolumbien im speziellen mit dem islamisch-fundamentalistischen Anschlag auf die westliche Moderne nichts zu tun haben, tauchten auf der US-Liste terroristischer Organisationen alle drei kolumbianischen Gewaltgruppen auf: AUC, FARC und ELN. Eine eigene Terrorliste der Europäischen Union nahm vorerst nur die AUC auf, doch nach außergewöhnlich brutalen Kämpfen zwischen AUC und FARC in der Pazifikprovinz Chocó landete 2002 auch die FARC auf der europäischen Liste, nicht jedoch der ELN. Und wieder soll aus der Perspektive Washingtons ein Test im Krieg gegen den »internationalen Terrorismus« in Kolumbien erfolgen. Dies erklärt den phänomenalen Aufstieg des heutigen Präsidenten Alvaro Uribe (2002–2006), der mit Hilfe der USA den Krieg im eigenen Land gewinnen will. Dafür erhält er jede nur denkbare Unterstützung aus Washington, von militärischer Ausrüstung bis zu üppiger Finanzhilfe: Kolumbien steht heute nach Israel und Ägypten an dritter Stelle der Empfängerländer.

Allein, Uribe ist kein Büttel der Vereinigten Staaten. Dieser spartanisch lebende, unermüdlich arbeitende, strenggläubige Katholik passt in kein simples Schema. Uribes Vater war von der FARC ermordet worden. Kurze Studienaufenthalte absolvierte der heutige Präsident u.a. in Oxford und Harvard. Politisch profilierte er sich zuerst in seiner Heimatprovinz Antioquia, deren Hauptstadt Medellín den Schlüssel zum derzeitigen Gewaltproblem darstellt. Als Gouverneur von Antioquia experimentierte er mit einer eigenen Anti-Guerilla-Strategie, in der die CONVIVIR (»Cooperativas Comunitarias de Vigilancia Rural«) von der Armee leichte Waffen erhielten.

Gerade weil Präsident Uribe dem aristokratischen Establishment entstammt, weiß er nur zu gut um dessen Laster. Dazu gehört vor allem die geringe Bereitschaft zum Steuerzahlen (die traditionelle Schwäche des kolumbianischen Staats hängt auch damit zusammen). Außerdem kennt

Präsident Uribe genauer als andere den katastrophalen Zustand des Landes, dessen immer höherer Gewaltpegel letztlich die Wirtschaft abwürgte. In einer bemerkenswerten Diagnose, die Alvaro Uribe im Frühjahr 2002 als Regierungsprogramm vorlegte, wird schonungslos Kolumbiens Zerrüttung benannt.¹⁰ Zur Illustration: Kolumbiens Pro-Kopf-Einkommen ging von 2 257 Dollar (1996) auf 1 890 Dollar (2001) zurück; infolge der bürgerkriegsartigen Wirren leben von den 43 Millionen Einwohnern 23 Millionen in Armut, davon 7,4 Millionen im Elend.

In Kolumbien weht ein neuer, rauer Wind. Der »Plan der demokratischen Sicherheit« erhöht für alle Akteure die Einsätze (und verringert die Gewinne).

Was tun? Uribes Antwort: Sicherheit schaffen! Den Staat revitalisieren! Die korrupte Politikerkaste entmachten! Den Kongress auf eine Kammer reduzieren! Die Gehälter der Staatsbediensteten einfrieren! Und vieles mehr. Seit seinem Regierungsantritt am 7. August 2002 lässt der Staatschef, dessen sanftes Auftreten einen stahlharten Kern verbirgt, täglich Dekrete, Gesetzesentwürfe und administrative Maßnahmen auf die kolumbianische Gesellschaft niederprasseln. Vorrangig geht es um mehr Geld, also höhere Steuern – wobei die erste Maßnahme, nämlich eine spezifische Vermögensabgabe, nur die oberen Einkommensgruppen traf. Es folgten freilich steuerliche Belastungen für alle, aber auch die neoliberale Entstaatlichung schreitet voran. Allerdings, zu viel zusätzliche Macht wollte Kolumbiens Bevölkerung ihrem – durchaus mit hohen Popularitätswerten ausgestatteten – Präsidenten nicht zubilligen: die meisten dieser Reformvorschläge zerschellten am Plebiszit vom Oktober 2003, weil es die notwendige Mindestbeteiligung von 25 Prozent der Wahlberechtigten verpasste. So bleibt Uribe als Ausweg nur das Verordnen zusätzlicher Steuern.

Vor allem will der neue Präsident Streitkräfte, die endlich kämpfen. Bis Ende der Neunziger verfügte Kolumbiens überbürokratisierte Armee lediglich über 22 000 kampffähige Soldaten. Damit ließ sich während der Dekaden einer bloß virtuellen Gegen-Guerilla gut und auch relativ risikolos leben. Bis Mitte der Neunziger betrug das Budget des Verteidi-

10. Programa de Gobierno, Mano Firme, Corazón Grande. El Camino de la Confianza, Bogotá, Mai 2002.

gungsministeriums nicht mehr als 1,5 Prozent vom Bruttosozialprodukt. Erst 1999/2000 stieg es auf drei Prozent an. Mit der Präsentation des »Plans der demokratischen Sicherheit« Ende Juni 2003 wird ein Endziel von fünf Prozent angepeilt. Damit sollen die Sicherheitskräfte um 55 000 Berufssoldaten, 100 000 Polizisten und um eine Million »soplones« (Spitzel und Denunzianten) aufgestockt werden. Dieses Design einer »demokratischen Sicherheit«¹¹ soll bis 2005 die volle Regierungskontrolle über das kolumbianische Territorium zurückgewinnen und die verschiedenen Gewaltgruppen so weit schwächen, dass sie wohl oder übel an den Verhandlungstisch zurückkehren müssen.¹²

Mit der Guerilla – im neuesten Sprachgebrauch »Banditen« oder, etwas vornehmer, »Narcoterroristas antidemocráticos« – darf vorerst dennoch nicht direkt verhandelt werden. Allerdings ersuchte Präsident Uribe die Vereinten Nationen um »buenos oficios«, um eventuell auf diesem Weg zu einem Austausch von Gefangenen zu kommen: einige Tausend entführte Zivilisten – darunter die Senatorin Ingrid Betancourt – gegen einige hundert inhaftierter Guerilleros.¹³ Außerdem wird an einem Finanzrahmen gearbeitet, um Guerilla-Angehörige (von denen viele dem bäuerlichen Lumpenproletariat entstammen) gegen Geld abzuwerben: Zwei- bis dreitausend Dollar will die Regierung pro Kopf an Überläufer auszahlen. Angesichts solcher Angebote wankt die Front: Im April 2003 ergab sich sogar der ranghohe FARC-Comandante Rafael Rojas.

Kurz, in Kolumbien weht ein neuer, rauer Wind. Der »Plan der demokratischen Sicherheit« erhöht für alle Akteure die Einsätze (und verringert die Gewinne). Am ehesten verstehen die Zeichen der Zeit die ELN-Führer, die über kubanische Vermittlung diskret eine mögliche Amnestie ventilieren. Einen Durchbruch gab es ausgerechnet bei den berüchtigten AUC-Paramilitäres, deren Führer mit Staatschef Uribe im Juli 2003 tentativ die

11. Präsentiert wurde es übrigens von Marta Lucia Ramirez, in der Geschichte Kolumbiens die erste Frau an der Spitze des Verteidigungsministeriums (die im November 2003 wieder entlassen wurde).

12. So soll das »Virtuelle« des kolumbianischen Staates verschwinden. Vgl. Julia E. Sweig, »What Kind of War for Colombia?«, in: *Foreign Affairs*, September/October 2002, S. 122–141: »The whole idea of Colombia as a functioning state, critics argued, was a fiction« (S. 125). Im Dokument der »Demokratischen Sicherheit« heißt das diesbezügliche Aktionsziel »recuperación del control estatal del territorio«.

13. Seit Mitte 2003 bewegt sich in diesem Bereich freilich nichts mehr, weil FARC-Comandantes bei Versuchen von Geiselnbefreiungen ihre Gefangenen vorbeugend töten lassen.

Auflösung ihrer marodierenden Truppe, circa 14 000 Mann stark, ausmachten. Ann Patterson, die im Herbst 2003 scheidende US-Botschafterin in Bogotá, gab bekannt, ihr Land würde die – bis 2005 abzuschließende – Demobilisierung mit drei Millionen Dollar unterstützen. Ex-Paramilitares werden freilich nicht einfach in das Zivilleben entlassen, sondern sollen als »soldados campesinos« (Wehrbauern) Guerilleros wie auch Drogenhändler beobachten und melden. Ob dies nach Plan funktionieren wird, muss sich erst zeigen. Widersprüche gibt es zuhauf, nicht zuletzt deswegen, weil die obersten Kommandeure der AUC, Carlos Castaño und Salvatore Mancuso, als Drogenkriminelle auf der Auslieferungsliste der US-Gerichtsbarkeit stehen. Ob zudem vom kolumbianischen Staat die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte, begangen von AUC-Kämpfern an Zivilisten, Bauern, Indianern und Basisvertretern, untersucht und angeklagt werden, ist eine der weiteren offenen Fragen. Für AUC-Kämpfer ist, bei rhetorischem Schuldbekennnis, wohl eine Amnestie bei weitgehender Straffreiheit zu erwarten. Auf diesbezügliche Kritik von mehr als 80 kolumbianischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) antwortete Staatschef Uribe mit einer regelrechten Hexenjagd gegen die katholische NGO »Justicia y Paz«, der er heimliche Guerilla-Unterstützung vorwarf (was in Kolumbien als Freibrief für Todesschwadronen gilt).

Starrköpfig bleibt indessen die ebenso rücksichtslose wie hinterwäldlerische FARC (inzwischen von Antonio Caballero, Bogotás geachtetstem Kolumnisten, als »Kolumbiens Roter Khmer« eingestuft), die ideologisch eine Mischung aus Vulgär-Marxismus, Nationalkatholizismus und »Bolivarismo« praktiziert. Dies lässt die Annahme realistisch erscheinen, dass Präsident Uribe seine inzwischen einigermaßen auf professionellen Stand aufgerüstete Armee zu einigen harten Militärschlägen gegen die – über das ganze Land verstreuten – Bauernpartisanen der FARC mit ihren rund 20 000 Kämpfern einsetzen wird. Allerdings könnte die FARC in der Bedrängnis böseartig zurückschlagen und Attentate auf die Infrastruktur verüben: Brücken sprengen, Wasserwerke in die Luft jagen, Erdölpipelines zünden, Luxusclubs sprengen etc. Bereits jetzt läuft eine FARC-Sabotage gegen Bürgermeister, die in bestimmten Regionen vor der Wahl stehen, zurückzutreten oder fusiliert zu werden: Auf diese Weise sollen »entstaatlichte Territorien« entstehen, in denen nur noch die Bauernpartisanen das Sagen haben.

Was auf das – ganz und gar nicht lustige – Spiel hinausläuft: Who will blink first? Wer lenkt, angeschlagen, als erster ein, um früher oder später wieder nach dem Verhandlungstisch zu rufen?

Neue Kriege – neue Friedensperspektiven

Der Krieg kann also so richtig wüten. Aber was für ein Krieg ist das?

Einige Konfliktelemente verweisen auf die Münkler-These vom »neuen Krieg«. ¹⁴ Speziell kolumbianisch ist, dass der laut Theorie einzige Macht- und Kriegsmonopolist Staat nicht nur gegen einen einzigen Herausforderer kämpfen muss, sondern dass er mit einer Vielzahl von parastaatlichen und privaten Akteuren, Söldnern, Guerilleros, Terroristen und »Warlords«, die alle vom Krieg leben und daher nicht notwendigerweise den Frieden suchen, koexistieren muss. Das macht den kolumbianischen Fall so schwierig. Rein intern ist dieser Konflikt wohl auch nicht mehr lösbar. Deswegen kommt externen Akteuren eine immer wichtigere Rolle zu. Indes, nicht alle wollen sich engagieren. Die Südamerikaner, obschon als unmittelbare Nachbarn von der Transnationalisierung des kolumbianischen Konflikts längst betroffen, schauten bis dato weg. Die Europäische Gemeinschaft bzw. Union, in den 1980ern ein engagierter Vermittler in Mittelamerika, hält sich diesmal zurück – obschon eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der lateinamerikanischen Rio-Gruppe zugunsten einer Friedenslösung in Kolumbien immer noch Attraktives versprechen würde. ¹⁵ Die Vereinten Nationen beschränken sich auf die Verteidigung der Menschenrechte. Einzelne europäische Staaten haben Ideen, finden aber keinen regionalen Widerhall. Deutschlands Mediation im kolumbianischen Konflikt, 1998 zugunsten des ELN im Kloster Himmelspforten bei Mainz optimistisch begonnen, führte anschließend in Sackgassen.

Somit bleiben vorerst die Vereinigten Staaten die bestimmende Hegemonialmacht. Washington setzt auf Präsident Alvaro Uribe, der eine militärische Teil-Lösung erzwingen will, wofür ihm inzwischen sowohl US-Militärberater wie auch private Sicherheitsspezialisten (bezahlt vom

14. Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Hamburg 2002.

15. Immerhin betreibt heute die EU mit 34,8 Millionen Euro am mittleren Magdalena-Strom ein »Friedenslabor«, das der kolumbianische Jesuit Francisco de Roux leitet. Es versteht sich als Gegenentwurf zum »Plan Colombia« der USA: Coca-Stauden werden nicht mit Glyphosat besprüht, sondern per Hand niedergehackt und ausgerissen; Ersatzkulturen folgen; schulische Einrichtungen, Werkstätten und Kleinstbetriebe entstehen. Bei dem Besuch von EU-Außenkommissar Patten in Kolumbien im Januar 2004 wurde dem Projekt ein besonderer Stellenwert zugemessen. Patten bezeichnete die Initiative als »Grundpfeiler in der Zusammenarbeit der EU mit ganz Lateinamerika« (vgl. *FAZ*, 26.01.2004).

Pentagon, aber in Kolumbien in Zivil auftretend) zur Verfügung stehen. Offene Feldschlachten wird es trotzdem nicht geben, denn die FARC-Rebellen lassen sich nicht leicht aufspüren. Es spricht für die Flexibilität Kolumbiens, dass solche Versuche im Rahmen einer funktionierenden Formaldemokratie erfolgen. Indes, diese franst an den Rändern zusehends aus. Dieser »Regime-Hybrid«,¹⁶ diese kolumbianische Gemengelage aus zivilherrschaftlichen, demokratischen, liberalen, aber eben auch kriminellen, violenten und autoritären Elementen, will handlungsfähiger werden. In der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten droht das Autoritäre vorzurücken. Wenn damit der Frieden erzwungen werden soll, stehen Kolumbien noch härtere Prüfungen bevor. Was aber auch heißen kann (siehe Angola), dass infolge der für alle immer höheren Kosten Kolumbiens »war-system« kollabieren könnte, was dem Frieden eine bisher nicht sichtbare Tür öffnen würde. FARC-Comandante Manuel Marulanda Velez (»TiroFijo«) erreicht nach fast fünfzig Kampffahren das Greisenalter. Sein politisches Testament liegt bereits vor.¹⁷

Rein intern ist dieser Konflikt wohl nicht mehr lösbar. Deswegen kommt externen Akteuren eine immer wichtigere Rolle zu.

Sollte seine Bauernpartisanen-Armee nicht doch Frieden machen? Denn im zweiten Regierungsjahr von Präsident Uribe zeigt sich für den kolumbianischen Staat Aufwind: Zum ersten Mal beginnen die mit wirksamem Gerät und Offensiv-Hubschraubern ausgerüsteten Streitkräfte wirklich zu kämpfen; dank der »Operation Orion« konnte im Sommer 2003 auf Medellins Stadthügeln das Slum-Viertel »Comuna 13« von der Armee zurückerobert werden; zum ersten Mal auch schrumpfte die Hektarfläche der Koka-Anbaufläche, wenn auch zu prohibitiven ökologischen Kosten;¹⁸ Kolumbiens Bürger trauen sich wieder auf die Überland-

16. Heidrun Zinecker, Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden?, HSFK-Report 2/2002, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main.

17. FARC, *El país que proponemos construir*, Bogotá, 2001. Vgl. insbesondere S. 29ff.

18. Kokaanbaufläche (in ha) in Kolumbien: 1989: 42 000, 1996: 67 000, 2000: 163 000, 2001: 145 000, 2002: 102 000. Gerundete Schätzungen des United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention. Vgl. Robert Lessmann, »Narco-Guerilla« und die Rolle der USA«, in: G. Drekonja-Kornat et al. (Hrsg.), *Kolumbien zwischen Krieg und Frieden*, Wien: 2003, S. 89–103.

straßen, allerdings vorsichtig in von Schützenpanzern begleiteten Auto-Konvois.

Parallel dazu untergräbt das enorme Friedensengagement der Zivilgesellschaft das Guerilla-Bollwerk: Mütter, Väter, Schulkinder, Friedensaktivisten, Bürgermeister, Intellektuelle, Künstler, Priester oder auch nur einfache Bauern – sie alle sind des Schlachtens müde und schreien nach Frieden. Oft versuchen sie es auf eigene Faust. Unterhalb der starren Regierungsebene, in den Provinzen oder Kommunen, bei Indianergemeinschaften, Kirchengruppen oder spontan gegründeten Friedensräten, knistern vielfältigste Kontakte, Gespräche oder Verhandlungen, die beabsichtigen, den Gewaltpegel zu senken, die Kämpfe in unbewohnte Gegenden abzudrängen, Kindersoldaten aus der Guerilla zu holen, Landminen zu entschärfen, Geiseln freizubekommen.

Bogotá: el milagro

Und da gibt es außerdem noch »el milagro«, das Wunder von Bogotá, welches die Hauptstadt gegen die Guerilla zu immunisieren beginnt. Ausgerechnet Bogotá! Wer hätte das zu hoffen gewagt? Kolumbiens Hauptstadt erlebt die erstaunlichste urbane Revolution Lateinamerikas. Plötzlich lernen die gequälten Bürger dieser Metropole ein Stück Lebensqualität kennen.

Historisch war Santa Fe de Bogotá – so der offizielle Namen – eher ein Provinznest, ohne die Pracht der Kolonialmetropolen wie Lima oder Mexiko. Aber man las gerne lateinische Klassiker, weswegen die Stadt als »Athen Südamerikas« galt. Damen trafen einander zum Fünf-Uhr-Tee. Die Männer flanierten in dunklen Anzügen und mit Regenschirm, letzterer unentbehrlich in der 2700 Meter hoch gelegenen Andenstadt, wo es immer kalt, oft verregnet und vernebelt ist. Nichts entspricht dem tropischen Lateinamerika.¹⁹

Um 1940 schaffte Kolumbiens Kapitale die erste Million an Einwohnern. Wenig später explodierte Bogotá zur Dritte-Welt-Metropole, mit heute sieben Millionen Köpfen. Vertreter der Oberschicht retteten sich

19. In Gabriel Garcia Marquez' *Hundert Jahre Einsamkeit* wird detailreich die Eisenbahnfahrt beschrieben, vom lichtdurchfluteten Karibik-Strand in vielen Kehren hinauf in die nieselregnerische Düsternis der Bogotá-Hochebene, ein Schreckensort für Insassen von Knaben-Internaten.

entlang der brettebenen Nord-Süd-Achse nordwärts in schwer bewachte Villen und Wohnanlagen, während sich das Volk im unbetreuten, vom Verbrechen geschüttelten Süden zusammendrängte. Leben und Überleben in Bogotás böartigem Asphalttschungel wurde immer mühsamer.

Ende der neunziger Jahre geschahen dann, ohne Vorankündigung, die Wunder. Zwei Bürgermeister, Enrique Peñalosa und Antanas Mockus, beide nicht mehr den Traditionsparteien verbunden, sondern als unabhängige Kandidaten gewählt, stemmten sich gegen die Verslumung der Stadt. Administrative Reformen wurden eingeläutet, kommunale Steuern eingetrieben, die Nöte der einfachen Bürger erhoben. Und dann fielen Schlag auf Schlag die Entscheidungen. Zuerst das Nein zum Projekt einer Metro, die Bogotá finanziell in den Ruin getrieben hätte. Stattdessen wurde in Rekordzeit der »TransMilenio« gebaut, ein System von Schnellbussen auf eigenen Fahrstreifen, wo Passagiere bereits an den Haltestellen die Tickets lösen, so dass Ein- und Aussteigen rasch erfolgen kann.²⁰

Auf diese Weise war schlagartig Bogotás Verkehrschaos mit Tausenden qualmender Kleinbusse entschärft. Parallel dazu wurden innerhalb kürzester Zeit 160 Kilometer an Fahrradwegen angelegt. Der Platz dafür wurde nicht den Fußgängern weggenommen – ganz im Gegenteil, es wurden zusätzliche Gehwege angelegt –, sondern den Autofahrern abgetrotzt. Das ergibt eine subtile Umverteilung des öffentlichen Raumes zugunsten der Ärmeren, denn Autos fahren in Bogotá nur die Bessergestellten, die heute mit immer kargerem Straßenanteilen auskommen müssen.

Eine einfache Korrektur räumte mit dem Dreck auf den Straßen auf: Bis vor kurzem fuhren die Müllwagen – sofern sie überhaupt kamen – am frühen Morgen; während der Nacht rissen jedoch streunende Hunde die vor den Türen stehenden Plastiksäcke auf und verstreuten den stinkenden Inhalt über weite Flächen. Jetzt kommen die Müllmänner pünktlich am späten Nachmittag: die Straßen bleiben einigermaßen sauber.

Überall sprießen frisch gesetzte Bäume. In allen Stadtvierteln, gerade auch im armen Süden, wächst die »plaza publica«, öffentliche Plätze zum Spielen, zum Sport treiben, zum miteinander Reden. Und plötzlich beginnen die Bürger sich mit ihrer Stadt zu identifizieren, zeigen Stolz, entwickeln Zivilcourage, marschieren oder radeln zu Zehntausenden für lokale Projekte und Lebensqualität. Fernando Botero, Kolumbiens weltbe-

20. Dieses System wurde vom brasilianischen Curitiba, der lateinamerikanischen Modell-Stadt schlechthin, abgeschaut.

rühmter Künstler, ließ sich vom ungewohnten Enthusiasmus mitreißen und stiftete dem Museum einen Teil seiner Bilder und vor allem seine überdimensionierten Bronze-Skulpturen. Bogotá ist heute eine Kunst-Messe wert.

Die Perlen in der urbanen Krone Bogotás ergeben die neuen Bibliotheken. Bisher funktionierte lediglich im kolonialen Stadtzentrum die elitäre Institution »Luis Angel Arango«, vor der jeden Samstag Tausende Kinder Schlange standen, um ihre Hausaufgaben zu machen. Auch in diesem Fall geschah ein Wunder: In den unterprivilegierten Vierteln entstanden in Rekordzeit drei Mega-Bibliotheken, elegant gebaut, sehr gut ausgestattet (wenngleich noch viele Bücher fehlen), Computer-ernetzt, mit speziellen Leseplätzen und Spielwiesen für Kinder. Der Zustrom ist enorm, als gäbe es plötzlich keine Analphabeten mehr.

Auch bei den Schulbauten regiert nunmehr das Prinzip »Nur das Beste ist gut genug«. Inmitten der Slums im – angeblich lebensgefährlichen – Süden der Stadt stehen neue Volksschulen, jede einzelne ehrenamtlich betreut von Studenten aus einer der vielen Privatuniversitäten von Bogotá. Die erstklassige Schulpolitik dort oben in den armseligen Streusiedlungen, die inzwischen auch Trinkwasser und Telefonzellen bekommen, erweist sich als beste Verteidigung gegen die Guerilla, die an den Stadträndern einzusickern versuchte. Passé ist die Strategie der Einkreisung der Hauptstadt.

Und das »milagro« könnte eine Fortsetzung erhalten. Bei den Regionalwahlen am 26. Oktober 2003 wählten die Bürger der Hauptstadt überwältigend den progressiven Gewerkschaftler Luis Eduardo Garzón, genannt »Lucho«, zum neuen Bürgermeister, der somit der dritte in dieser kühnen Reihe ist. Auch Cali und Medellín erhielten neue, unorthodoxe Leiter. Solche Wahlsiege belegen, dass die demokratische Linke – entgegen der These der FARC-Guerilla – durchaus auf legalem Weg zumindest an die Lokalregierung kommen kann. Von einigen wird »Lucho« mit Blick auf die nächsten Präsidentenwahl sogar schon als »Kolumbiens Lula« gehandelt (zum Beispiel, weil er seine Administration mit dem Programm »Bogotá sin hambre« – Bogotá ohne Hunger – beginnen will). Nicht Uribe's harte Hand, sondern solche »milagros«, Gabriel Garcia Marquez würde dem sicherlich zustimmen, sollten Kolumbien doch eine zweite Chance in seiner Geschichte bescheren.